

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Nr. 18303.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonnabend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Insolite kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftheile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Hamburg, 23. Mai. (W. L.) Die Striktheit der Ewerführer und sämmtliche Akten sind polizeilich beschlagnahmt worden. Die Kasse enthielt nur 150 Mk.; es werden größere Unterschlagungen vermutet. Der Strike der Ewerführer ist damit als beendet anzusehen.

Pilsen, 23. Mai. (Privatelegramm.) Neue Militärverstärkungen sind nach der Umgegend abgegangen, da die Strikenden alle Maschinen zu zerstören drohen.

Bern, 23. Mai. (Privatelegramm.) Amtliche Kreise behaupten, der Vorschlag Belgiens bezüglich des Abschlusses einer internationalen Convention bezügl. Bekämpfung der Anarchisten werde die Zustimmung der europäischen Staaten nicht erlangen.

London, 23. Mai. (W. L.) Bei einem gestern Abend stattgehabten Banket der Londoner Schnellergilde erklärte der Premierminister Marquis Galisbury emphatisch, die britische Regierung habe keine Länderstriche in Afrika abgetreten, weil überhaupt noch keine Vereinbarung mit anderen Regierungen erfolgt sei. Die Unterhandlungen mit Deutschland beschränkten sich auf Meinungsaustausche. Es sei überhaupt sehr fraglich, ob ein Uebereinkommen erzielt werden dürfe; jedenfalls würden die Interessen der Handelsgesellschaften und Missionen anderer berücksichtigt. Abgesehen von den Vorgängen in Afrika seien die Friedensaussichten niemals günstiger gewesen als augenblicklich.

Der Prinz und die Prinzessin Heinrich sind gestern nach Windsor zurückgekehrt und in Begleitung der Königin nach Balmoral abgereist.

Belgrad, 23. Mai. (Privatelegramm.) Grobes Aufsehen erregt die Enführung zweier zwöljfähriger Mädchen aus einem höheren Mädchenpensionat durch einen vornehmen Mann. Die Mädchen wurden in dessen im Tschiblbergpark später aufgefunden und ihren Eltern wieder zugeführt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. Mai.

Die Regierung und die zweijährige Dienstzeit.

Die Berichte über die bisherigen Verhandlungen der Commission für die Militärvorlage haben durch eine ausführliche Mitteilung der Rede des Generalleutnants Vogel v. Falkenstein über die gesetzliche Verkürzung der Dienstzeit in dankenswerther Weise eine Dervollständigung erfahren und haben damit die Aufmerksamkeit noch mehr als bisher auf diese Vorlage gelenkt. Der Kriegsminister hat seine Darlegungen der künftigen Heeresorganisation, wie sie ihm vorschwebt, mit dem Bemerkern eingeleitet, daß er für die Zukunft auch den Schein vermeiden wolle, als ob er dem Reichstag gegenüber nicht mit vollster Offenheit sich über die Absichten der Militärverwaltung geäußert habe. Schon aus der vorgestrittenen Verhandlung wird man den Eindruck gewinnen, daß die Militärverwaltung sich durch dieses Vorgehen die Aufgabe, die gegenwärtige Vorlage zu vertheidigen, nicht gerade erleichtert. Dem Abg. v. Bennisgen gegenüber stellte Herr v. Verdy in Abrede, daß wer für die gegenwärtige Vorlage stimme, sich dadurch moralisch auch für die Annahme der künftigen Vorlage verpflichte. Diese Bemerkung war einigermaßen überraschend, nachdem der Kriegsminister in seiner ersten Rede erklärt hatte, es handle sich jetzt um einen ersten Schritt auf dem Wege, den bestehenden Truppenkörpern die normale Organisation zu geben. Wenn der Minister aber vorher erklärt hätte, daß der Kernpunkt der neuen Organisation der sei, durch Erhöhung des Mannschaftsbestandes der bestehenden Tabors die gegenwärtige Organisation auszustalten, so war damit, wenn auch nicht der formale, so doch ein fachlicher Zusammenhang zwischen den jetzigen und künftigen Vorschlägen consolat.

Über die Frage der Dauer der Dienstzeit hat sich der Kriegsminister selbst bisher in der Commission nicht weiter geäußert. Die Rede seines Regierungscommisars bietet nun für die nächste Zeit einen Anhalt für die Erörterung dieser Frage. Die Commission hat, nachdem auf Antrag des Abg. Windhorst beschlossen worden war, die Rede im Wortlaut den Mitgliedern zugänglich zu machen, von einer weiteren Erörterung dieser umfassenden Ausführungen Abstand genommen, und die Rede des Generalleutnants Vogel v. Falkenstein liegt jetzt im Wortlaut vor.

Der gestrige Inhaltsangabe ist viel Wesentliches nicht mehr zuzufügen, obgleich der Wortlaut ungefähr 8 Drucksäulen einnimmt. Im Eingang seiner Darlegungen gab der Regierungscommisar zu erkennen, wie unangenehm das Verlangen nach eingehender Begründung der Militärvorlage im Kriegsministerium empfunden worden ist. Er meinte, wenn der Reichstag so hohe Ansprüche seinerseits stelle, so müßte es der Militärverwaltung gestattet sein, „in beschränkter Weise“ den Spieß umzubrechen und vom Reichstag die nötige Begründung für die Forderung einer Ermäßigung der Dienstzeit zu beanspruchen. Nichtsdestoweniger ließ sich der Regierungscommisar soweit herbei, die Consequenzen des Verlangens einer Herabsetzung der Dienstzeit vom militärischen Stand-

punkte aus näher zu beleuchten. Der Regierungscommisar geht von der Voraussetzung aus, daß auch bei zweijähriger Dienstzeit für die Infanterie und Jäger die Präfenziffrer unverändert bleiben solle. Durch die Herauslösung der Dienstzeit würde denjenigen Mannschaften, welche zu der Infanterie und Jägern ausgehoben würden, ein Privilegium gewährt, und damit die wohlberechtigten Klagen einer früheren Zeit wieder entfesselt.

Sodann bezichnete Redner des näheren diejenigen Posten, um die sich der Militäretat im Falle der Einführung der zweijährigen Dienstzeit erhöhen müßte, also die Compensation, welche die Regierung für die Durchführung der kürzeren Dienstzeit in Aussicht stellt:

Erstens würde der Unstand, daß die Rekrutenzahl sich mit einem Schlag um 50 Prozent vermehren würde, eine sofortige Erhöhung des Etats an Offizieren und Unteroffizieren bedingen, lediglich um die bisherige Ausbildungsfähigkeit zu erhalten. Die etatistische Vermehrung würde sich bei den Truppen niedrigeren Etats auf einen Offizier per Compagnie, d. h. bei 318 Bataillonen auf je 4 Secondlieutenants, und auf 5 Unteroffiziere per Compagnie belaufen mit einer jährlichen Ausgabe von zusammen 7695 556 Mk.

Als zweiter Factor sei der Fortfall der jährlichen einmonatlichen Rekrutenvacanze (also Einstellung der Rekruten schon im Oktober statt wie jetzt im November) in Rechnung zu stellen, und zwar mit 2251 510 Mk.

Drittens müsse bezüglich der Schiezausbildung der Infanterie, wenn sie von 3 auf 2 Jahre zusammengebracht werde, darauf bestanden werden, daß dieselbe Patronenzahl, wie jetzt in 3 Jahren, in 2 Jahren zu verschaffen wäre, was eine Erhöhung der Uebungsmunition um 50 % oder eine jährliche Mehrausgabe von 4 036 991 Mk. bedeuten würde.

Viertens würde aus den gleichen Gründen eine Verkürzung beim theilweisen Wiederholung der Herbstübungen nicht zu entbehren sein. Das erfordere zum mindesten einen Aufschlag von 25 % zu den bisherigen Kosten mit einem jährlichen Betrage von 1 750 000 Mk.

Fünftens würden aus der Mehrziehung und Mehrentlassung und einer Mehrbewegung von etwa 26 200 Mann 262 000 Mk. jährlich Mehrosten entstehen.

Schließlich würde das Bedürfnis zur Vermeidung der Übungen des Urlaubenstandes überaus dringend in den Vordergrund treten. Als Mindestbedarf hierfür sei eine Verdoppelung der jetzigen Mittel, also ein Plus von jährlich 3 935 000 Mk. zu sehen.

Giebentins würden zahlreiche äußere Einrichtungen, welche unmittelbar mit der Ausbildung zusammenhängen, folgen müssen. „Wir hätten etwa für jedes Bataillon einen Schiestand mehr als zur Zeit zu beanspruchen, ebenso eine Vergrößerung bezügl. Vermehrung der Uebungssäle, welche alsdann aber auch, um die Zeit auszukaufen zu können, nicht wie bisher eine Meile und darüber von der Garnison liegen dürfen; ja, wir würden kaum darum kommen, zur Erzielung der Disciplin, welche sich bekanntlich nicht auf die Stunden des äußeren Dienstes beschränken darf, eine gründliche Raserntir zu allen Mannschaften zu verlangen.“

„Vorbehaltlich eines error in calculo und vorbehaltlich dieses oder jenes vorgenannten Postens“ berechnet Herr v. Falkenstein die hieraus entstehenden dauernden Mehrausgaben auf jährlich 19 831 000 Mark, die der einmaligen auf 110 000 000, vielleicht sogar auf 150 000 000 Mk.

Sodann zu den rein militärischen Gesichtspunkten übergehend, führt Redner an, „daß eine dreijährige Ausbildung gründlicher ist als eine zweijährige“. Wörtlich sagt hier der Herr Regierung-Commissar:

„Bor allem aber möchte ich mir hier die Frage erlauben, meine Herren, wie kommen wir übrigens zu der merkwürdigen Illusion, daß unser deutscher Durchschnittsrekrut, um dasselbe zu leisten, was unsere Nachbarn leisten, nur zwei Jahre bedürfen soll, während unsere Nachbarn drei bez. fünf Jahre in Anspruch nehmen.“

Unserer Ansicht nach kann die Frage nur sein, ob für den deutschen Rekruten drei oder zwei Jahre genügen. Von der Rücksicht auf die übrigen Staaten hat der Kriegsminister sich ja vorgestern endgültig losgejagt. Der Herr Regierungs-Commissar glaubt die Frage beantwortet zu haben, wenn er emphatisch erklärt:

„Nein, m. h., eine oberflächliche Dressur ist zu allen Seiten das größte Unglück der Truppen gewesen. Wir können keine Tafelausbildung ertragen“ u. s. w.

Der höhere Bedarf an Offizieren und Unteroffizieren zu Lehrzwecken, die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung im Schießen in Folge der Einführung des neuen Gewehrs, die Unzulänglichkeit der Bataillonsstärke bei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit werden im weiteren Verlauf der Rede eingehend erörtert; ebenso die Unmöglichkeit einer 2½-jährigen Dienstzeit. Gegen das Ende der Rede heißt es dann wörtlich:

„Zum Schlus noch den Versuch, einen Irrthum zu bekämpfen, welchen ich als ein Schwesternkind der Idee der zweijährigen Dienstzeit bezeichnen möchte; es ist die Illusion, daß wir durch eine gewisse militärische Vorbildung auf den Schulen eine Verkürzung der Dienstzeit erzielen könnten. Wir hegen allen Respekt vor jeder Uebung, die sich auf körperliche Gewandtheit, auf strenge militärische Form, Haltung in Reih und Glied, Gewöhnung an Commando und Gehorsam bezieht, und Sie werden schwerlich eine Behörde finden, welche derartige Beziehungen auf unseren Schulen sympathischer gegenübersteht, als die Militärverwaltung. Aber, m. h., als Erfah für das Penzum, welches wir in unserer großen Volksschule, d. h. in der Armee, bewältigen müssen, können uns derartige Vorkommnisse nicht gelten.“

Ich resume mich dahin, daß die Anforderungen an die Einzelausbildung des Infanteristen gesteigert sind, daß die Vortheile, die eine gesetzliche Verkürzung der Dienstzeit zur Folge hätte, in keinem Verhältniß zu den militärischen Nachtheilen stehen, daß wir somit nach gewissenhafter Prüfung und Überzeugung zur Zeit eine Verkürzung durch die gesetzliche Einführung einer zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie für unzulässig erachten.“

Um so überraschender ist es, wenn der Regierungs-Commissar mit folgendem Satze schließt:

„Sollten sich die Zeiten ändern und die Verhältnisse erlauben, diesem Gedanken (zweijährige Dienstzeit)

näher zu treten, wož ja in erster Linie eine außerordentliche Verstärkung des Offiziercorps und Unteroffiziercorps gehört, so zweifeln Sie nicht an unserer Initiative.“

Damit wird am Ende der achten Seite eingestanden, daß die zweijährige Dienstzeit, deren Unmöglichkeit der Redner auf 7 Drucksäulen in der überzeugendsten Weise bewiesen hat, in dem Augenblick möglich wird, wo die entsprechende Verstärkung der Offizier- und Unteroffiziercorps erfolgt ist. Offenbar hat Herr Generalleutnant Vogel v. Falkenstein nichts bewiesen, weil er zu viel beweisen wollte.

Trotz dieser Rede des Regierungscommisars sind jedenfalls die Größerungen der Frage etwaiger Compensationen noch nicht abgeschlossen und ferner dürfte in der weiteren Behandlung der Militärvorlage sich herausstellen, daß eine Verständigung an der Frage der thatächlichen oder gesetzlichen — worauf Herr v. Falkenstein immer Gewicht legte — Verkürzung der Dienstzeit nicht scheitern wird.

Die Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für die Rübenzuckerindustrie über die von der Regierung beabsichtigte Änderung des Zuckersteuergesetzes haben ihre Spitze, wie zu erwarten war, gegen die völlige Aufhebung der Rübensteuer und die damit verbundene Befreiung der Exportprämien gerichtet. Bisher mußte man annehmen, daß die Rübenzuckerindustriellen mit der Londoner Convention wegen Beseitigung der Zuckerexportprämien im wesentlichen einverstanden seien. Aus dem Vortrag, mit welchem der Geschäftsführer des Vereins, Geh.-Rath Riesche, die Verhandlungen einleitete, ergiebt sich aber, daß man in diesen Kreisen selbst die Londoner Convention nicht als ausreichend erachtet. Der Redner sagt ausdrücklich, es werde keinerlei Sicherheit geboten, daß die übrigen Staaten die Prämie auch wirklich, nicht nur auf dem Papier, nämlich der Londoner Convention, aufheben werden. Die Zuckerindustriellen scheinen demnach dem Scheitern der Londoner Convention sehr kühl gegenüber zu stehen.

Die Frage der Zuckerprämien-Convention kam übrigens gestern auch im englischen Unterhaus zur Sprache. Der erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte betreffs der Convention, daß es den Mächten unter allen Umständen gestattet sei, Verträge selbst nach Ablauf der Ratificationsfrist zu ratificiren. Plaistfair richtete darauf die Anfrage an den Minister, ob die Absicht bestehe, die Convention ohne Zustimmung des Parlaments zu ratificiren. Smith erwiderte, die Regierung müsse sich die Actionsfreiheit vorbehalten für den Fall, daß andere Mächte die Convention ratificirten.

Monatliche Nachweisung der Branntwein-Bestände.

Um den Spiritushandel und das Brennereigewerbe über die Branntweinbestände auf dem Laufenden zu erhalten, werden bekanntlich nicht nur vom kaiserlichen statistischen Amt jährliche Nachweisungen über die am 30. September in den Niederlagen und Reinigungsanstalten vorhandenen geweiheten Befände an inländischem, unversteuertem Branntwein veröffentlicht, sondern das Reichsschafat gibt auch monatlich die Menge des hergestellten und des nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe in den freien Verkehr übergeführten Branntweins bekannt. Neuerlich hat sich jedoch in den Interessentenkreisen das Bedürfnis fühlbar gemacht, behufs vollständiger Kenntniß der Marktlage die in den einzelnen Monaten zur Ausfuhr und zur steuerfreien Verwendung gelangenden Branntweinmengen und die an jedem Monatschluss im deutschen Reiche unter steueramtlicher Controle befindlichen Bestände kennenzulernen. Eine darauf bezügliche Petition hatte vor kurzem der Vorstand des Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland an den Bundesrat gelangen lassen. Wie nunmehr verlautet, gedenkt man dieser Petition in ihrem weiteren Theile Folge zu geben, da die am Schlus eines jeden Rechnungsmonats in den Lagern und Reinigungsanstalten vorhandenen Bestände an verbrauchsabgabepflichtigem Branntwein durch Aufrechnung der Lagerconfis leicht festzustellen sind. Dagegen dürfte man die Ermittlung der in den einzelnen Monaten zur Ausfuhr bzw. zur steuerfreien Verwendung gelangenden Branntweinmengen nicht vorschreiben, da die dadurch bedingte erhebliche amtliche Mehrarbeit nicht im Verhältniß zur Bedeutung des Gegenstandes steht. Während so die monatliche Nachweisung des Reichsschafates eine Erweiterung erfahren soll, dürfte dieselbe künftig infofern vereinfacht werden, als nicht mehr die beiden Verbrauchsabgabensätze, zu welchen die Branntweinmengen in den freien Verkehr übergeführt werden, auseinandergehalten werden. Es hat sich nämlich ergeben, daß diese Auseinandersetzung ohne gleichzeitigen Nachweis der ausgegebenen und in Anrechnung gebrachten Branntwein-Berechtigungsscheine im Publikum zu beobachten ist, welche die tatsächliche Menge des Branntweins in den Lagern und Reinigungsanstalten übersteigt. Wie die „Pol. Nachr.“ hören, werden diese neuen Nachweisungen seitens des Reichsschafates schon vom 1. Juli 1890 veröffentlicht werden. Die jährlichen Nachweisungen des kaiserlichen statistischen Amts dürften in Folge dessen als entbehrlich in Fortfall kommen.

Die Kosten für die Herstellung eines Schleuskanals veranschlagt die Commission mit 485,8 Millionen Francs oder, mit Hinzurechnung eines ungefähr 20prozentigen Aufschlages für unvorhergesehene Ausgaben, mit rund 580 Millionen. Mit Berücksichtigung der Verwaltungs- und neuerlichen Geldbeschaffungskosten, sowie der Intercalazins für das neue Kapital würde sich das Gesamt-Erfordernis auf rund 900 Millionen stellen; immer vorausgesetzt, daß nicht neuerliche Fehler begangen würden und die Arbeiten plausibel fortgesetzt werden könnten. Diesem Erfordernis gegenüber schätzt die Commission die Einnahmen des Kanals im Durchschnitt der ersten vier Jahre nach Eröffnung des Verkehrs bei der Annahme, daß Schiffe mit 4,1 Millionen Tonnengehalt den Kanal befahren und die Kanalgeld auf 12,5 Francs per Tonne festgesetzt würde, nach Abzug des Anteils der columbianischen Regierung und der Unterhaltungs- und Betriebskosten auf 38.687 Millionen oder 4,3 Prozent des aufgewendeten Kapitals. Nach weiteren vier Jahren würde sich nach den Annahmen der Commission das Netto-Ergebnis auf 50.562 Millionen oder 5,6 Prozent des aufgewendeten Kapitals erhöhen, um zum Schlus des zweijährigen Jahres auf 61,25 Millionen zu steigen, was einer Zerhöhung von 6,8 Prozent entspräche. Das zwischen der alten und der neu zu gründenden Panama-Gesellschaft zu treffende Übereinkommen soll darin bestehen, daß erfahrene Arbeitsmaterial im Anschaffungspreise von 150 Millionen, welches sich trotz der Abnutzung noch in gutem Zustande befindet und bei Anwendung der gleichen Arbeitsmethode zur Vollendung des Kanals hinreichen würde, der neuen Gesellschaft, ebenso wie die bisher ausgeführten Arbeiten, das erworbene Terrain und die zahlreichen Etablissemens, endlich die Concession selbst zu übergeben habe, und all dies mit 450 Millionen Francs in Anrechnung gebracht wird.

Abgeordnetenhaus.
65. Sitzung vom 22. Mai.
Petitionsberatung.
Die Domänenpächter petitionieren um Abänderungen in den Domänenpacht-Verhältnissen zu Gunsten der Pächter.
Die Agrarcommission beantragt, die Petition „der Regierung zu überweisen: I. zur Berücksichtigung in

der Richtung, daß thunlichst auf Ermittlung und Feststellung der Pachtelbermina unter Bezugnahme landwirtschaftlicher Sachverständiger Bedacht genommen werde; 2. zur Berücksichtigung dazin, daß in den allgemeinen Pachtbedingungen anderweite, dem abziehenden Pächter günstigere Bestimmungen getroffen werden befügen der Uebergabe des Inventars und der Uebernahme desselben durch den angiehenden Pächter; 3. zur Berücksichtigung dazin, daß die durch die neueste Verfügung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hinsichtlich der Baubedingungen und der Tragung der Lasten eintretenden Erleichterungen von jetzt ab auch für die vor Erlass jener Verfügung abgeschlossenen Pachtverträge Anwendung finden; — im übrigen über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wird angenommen.

In verschiedenen Petitionen betreffend das Bernsteinregal in Ostpreußen wird gewünscht: 1. daß jedermann gestattet werde, Gräberen, Tauchereien und Bergwerke zur Gewinnung von Bernstein anzulegen, beziehungsweise, daß der Monopolisierung der Kohlbersteingewinnung vorgebeugt werde; 2. daß die Firma Stantien u. Becker in Königsberg durch die königl. Staatsregierung veranlaßt werde, bei dem Verkauf des Kohlbersteins in mildester Weise als bisher zu verfahren.

Die Commission beantragt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. — Ein Antrag Krause will die Petitionen der Regierung zur Erwägung dazin überweisen, ob es nicht angebracht sei, der Firma Stantien u. Becker eine Concurrenz erwachsen zu lassen.

Abg. Krause (n-l.) hebt hervor, daß die Regierung in der Commission einen großen Theil der Beschwerden durch ihre entgegenkommenden Erklärungen bestätigt habe. Es ist finanziell und wirtschaftlich vortheilhaft, der Firma Stantien und Becker einen Concurrenten zu schaffen. Ein Risiko für die Regierung liegt darin nicht. Dadurch, daß die Firma Stantien und Becker ein Monopol für Bernstein hat, ist die Bernsteinindustrie erheblich juridisch gegangen. Er beantragt, die Petition, so weit sie sich auf das Monopol der betr. Firma bezieht, der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Sehr Rath Leckaff: Die Regierung steht durchaus nicht auf dem Standpunkt, jede Concurrenz auszuschließen, sondern alle Anträge werden genau erwogen. Die Beschwerden, welche den Antrag Krause veranlassen, sind nicht begründet. Der Fiscus hat von dem bisherigen Abkommen mit der Firma Stantien und Becker nur Vortheile gehabt, und ein Abweichen von dem Vertrage wäre ein Sprung ins Dunkle. Die Firma Stantien und Becker wird durchaus nicht ungebührlich begünstigt, sondern erfährt nur dasjenige Vertrauen, welches sie sich durch Intelligenz und Umsicht seit langen Jahren erworben hat. Die Bernsteinpreise haben sich auch seit 25 Jahren nicht geändert, und die Behauptung vom Rückgang der Bernsteinindustrie ist ohne genügenden Beweis. Ich bitte den Antrag Krause abzulehnen.

Abg. Ritter: Die heutige Entscheidung wird jedenfalls nur eine vorläufige sein. Wie auch der Beschluss ausfallen möge, mir genügt der Antrag Krause nicht. Ich habe ihn unterschrieben und unterstütze ihn, aber er entspricht bei weitem nicht dem, was sowohl Krause, als ich wünschen. Er muß nach außen hin als ein schwächerer Rückzug erscheinen, gleichwohl müssten wir ihn thun, da mehr nicht zu erreichen war. Schon gegen diesen zurückhaltenden Antrag sahjet der Regierungs-Commissar mit Kanonen; ob er damit auf die Ferienstimme des Hauses, der ich auch durch Kürze Rechnung tragen will, wirken wird, steht dahin. Wie ist es möglich, daß der Regierungs-Commissar dem Hause sogar verwehren will, in aller Demuth zu bitten, die Frage noch einmal in Erwägung zu ziehen? (Heiterkeit.) Das ist doch nichts, was die Autorität der Regierung antastet. Nehmen Sie die Tagesordnung an, dann ist die Sache aus der Welt. Wir wünschen aber, daß sie im nächsten Jahre wieder aufgenommen wird. Der Regierungs-Commissar hat die Sache so dargestellt, als ob die Regierung aus eigener Initiative alles Notwendige gethan hat. So liegt die Sache doch nicht. Lediglich dem Druck in der Commission ist hier gefolgt, wenn sie jetzt vorgefragt hat, die §§ 12 und 13 des Pachtvertrages zu ändern. (Gehr richtig!) Wir verlangen nichts, als daß die Regierung auf den früheren Standpunkt zurückgekehrt. Eine eingehende Discussion über die Stellung der Firma Stantien u. Becker wäre allerdings von großem Interesse. Wir wollen sie heute angesichts der Geschäftslage nicht. Aber die Beschwerden — das muß ich gegenüber dem Regierungs-Commissar sagen — sind entweder begründet und das Verhältnis ist in der That unerträglich. Auch der Vertrag mit der Firma D. Alter in Danzig ist ein sehr eigenhümlicher. Die Danziger Firma konnte selbstverständlich diesen Vertrag nur in dem guten Glauben abschließen, daß die Firma Stantien u. Becker dasselbe, was sie von anderen verlangte, auch thun würde. Ich frage den Regierungs-Commissar: wie denkt er über dieses Verfahren? Das Wenigste, was das Haus annehmen muß, ist der Antrag Krause, der mir — wie ich wiederholte — bei weitem nicht genügt, der aber immerhin besser ist, als die Tagesordnung.

Abg. Pfeif (Centr.) befürwortet den Antrag Krause. Die wenn auch zum Theil verbiente Begünstigung der Firma Stantien und Becker schädigte andere Gewerbebetreibende.

Abg. Krause bezeichnet die Informationen des Regierungs-Commissars als lediglich auf Mitteilungen der Firma Stantien und Becker beruhend und daher als nicht objektiv. Die Handlung betreibe ihre Geschäfte unter der verschleierte Firma „Ostpreußische Bernsteinhandlung“, z. B. in der Passage in Berlin, wo erst nach seinem (des Redners) Ausführung im Frühjahr dieses Jahres die Bezeichnung Stantien u. Becker angebracht sei, obwohl der Regierungs-Commissar damals das Gegenteil behauptete. (Hört! hört!)

Minister v. Lützow hebt das Verdienst der Firma in Bezug auf die Ausdehnung des Bernsteinhandels hervor. Einer ungebührlichen Ausbeutung des Monopols werde die Regierung entgegentreten. Er leugne also nicht, daß er für diese Firma ein gewisses Wohlwollen habe. Die Concurrenz sei früher begünstigt worden, aber ohne Erfolg, so daß jetzt jene Firma in der That ein gewisses Monopol habe. Einer ungebührlichen Ausbeutung dieses Monopols zu Ungunsten anderer grüner Erwerbskreise würde event. sofort entgegengetreten werden.

Der Antrag Krause wird angenommen und die Petition im übrigen durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 3. Juni.

Deutschland.

* [Schwedisches Geschenk für den Fürsten Bismarck.] In Stockholm hat eine Anzahl hervorragender Personen beschlossen, dem Fürsten Bismarck ein Ehren geschenk zu überreichen. Das Geschenk besteht aus einer photographischen Abbildung der neu aufgestellten Statue des schwedischen Reichskanzlers Grafen Axel Oxenstierna; dieselbe ist in einem geschmackvollen Rahmen eingesetzt, auf welchem das Oxenstiern'sche Wappen in Farben abgebildet ist und der folgende Inschrift trägt: „Dem größten Staatsmann Deutschlands zur Erinnerung an den größten Staatsmann Schwedens“. Das Geschenk ist gegenwärtig in dem Lesezimmer der ersten Kammer aufgestellt. Die dasselbe begleitende Adresse hat bereits zahlreiche Unterschriften von Personen sowohl innerhalb wie außerhalb des schwedischen Reichstages erhalten.

* [Die Stimmung der Hochkreise gegenüber Friedrichsruh.] Die „Saaleig.“, die seit einiger Zeit aus angeblich sicherer Quelle etwas sensacionell gefärbte Mitteilungen bringt, erhält eine Ueberschrift aus Berlin, in der die Stimmung der Hochkreise, gegenüber den jüngsten Mitteilungen

aus Friedrichsruh, in folgender Weise geschildert wird:

Das eigenhümliche Verhalten des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh erzeugt in den weitesten Kreisen peinliches Aufsehen und dies, wie ich Ihnen aus bester, dem kaiserlichen Hof sehr nahestehender Quelle verichern kann, nicht zum wenigsten an allerhöchster Stelle. Sehr verstimmt ist man, wie leicht begreiflich, über die langatmigen, entschieden polemischen Ausschusungen des Fürsten gegenüber dem Berliner Berichterstatter der „Norwege Wremja“, weil darin der Kaiser persönlich angefeindet wird. Der Hinweis, er — der Fürst — habe die Fische nach dem goldenen Horn entschieden genehmigt, erfährt bei Hofe und auch anderswo die schärfste Missbilligung. Selbst solche Personen, welche innerhalb der conservativen Partei früher durch dich und dünn mit ihm zu gehen pflegten, halten heute, wo der gefallene Titan in fast unerwartbarer Weise gegen sich selbst wählt, keineswegs mehr mit ihrem Zadel zurück. Der Fürst hat es leider in kaum zwei Monaten fertig gebracht, sich selbst bei seinen geistigeren Verehrern geradezu unmöglich zu machen, indem er zugab, daß sich jetzt gewisse ausländische und dem deutschen Reich feindlich gesetzte Elemente an ihm heranträngen, für welche er früher vollständig unzugänglich war, und dadurch den Glauben wachrust, daß es ihm um eine systematische Fronte zu ihm sei. Fürst Bismarck mag wohl selbst fühlen, daß er sich durch dieses nicht gerade patriotisch Gebahnen vollständig isoliert, und sein Auspruch gegenüber dem „Matin“-Mitarbeiter des Hauses: „C'est fini pour toujours“ gewinnt von diesem Standpunkt aus eine schwerwiegender Bedeutung. Wie übrigens erst nachträglich bekannt wird, schreibt Fürst Bismarck das Hauptschul an seinem Sturze dem General v. Hahn zu, welcher ihm, als der Fürst zuerst mit seinem Rücktritt gedroht hatte, schließlich den Besitz des Kaisers, damit nicht länger zu fögen, überbrachte. Der letzte Abend, den er dann noch als Inhaber der höchsten Reichsgewalt verbrachte, war so stürmisch, daß die Fürstin alles Ernstes für seinen Zustand ernste Besorgniss hegte.

* [Der Berliner Dombau.] Bezuglich des für Berlin geplanten Dombaues, der auf 22 Millionen Mark veranschlagt wird, geht der „Dtsch. Bltg.“ eine beachtenswerte Ueberschrift aus der Provinz zu, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Ausgabe von 22 Millionen für ein einziges Gotteshaus, dessen architektonischer und kirchlicher Wert judem zweifelhaft erscheine, sich nicht vereinen lasse mit den viel besprochenen Berliner Kirchennoth. „Dem unbefangenen Bewohner der Provinz“, so heißt es, „dünkt es ein seltsamer Gegenatz, wenn auf der einen Seite im ganzen Lande freimüttige Spenden für die bringend nothwendigen Kirchen in Berlin erbettet werden, und auf der anderen Seite ebenfalls das ganze Land für ein kostspieliges Repräsentationswerk besteuert wird: gerade die umgekehrte Behandlung wäre eher begreiflich. Ernstevangelische Christen, wenigstens solche außerhalb Berlins, hoffen, daß protestantische Rückertum und altpreußische Sparsumme über Prunkfucht und falsche Loyalität siegen werden. Wenn es dagegen heißt: in Berlin wird ein Dom für 22 Millionen begonnen, so dürfte die Theilnahme für die dortige Kirchennoth verschwinden.“ Der Briefschreiber meint noch, daß, wenn der neue Dom weniger großartig mit etlichen Millionen angelegt werde, von den 22 Millionen noch genug übrig bleiben dürfte, um etliche Duhend ganz stattlicher Kirchen zu errichten und dadurch der Berliner Kirchennoth mit einem Schlag ein Ende zu machen.

* [Zum deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag.] Der Münchener „Allg. Bltg.“ wird aus Bern gemeldet, die Vorschläge zur Revision des deutsch-schweizerischen Niederlassungs-Vertrages seien nach erfolgter Verständigung zwischen den Bevollmächtigten, Bundesrat Droz und Gesandten v. Bülow, befuß weiterer Einsichtnahme und Begutachtung nach Berlin abgegangen. Nach einer Meldung der „Kölner Bltg.“ sollen die Hauptbedingungen des neuen Entwurfs folgende sein:

Diesjenigen Deutschen, welche sich in der Schweiz aufhalten oder niederlassen wollen, müssen ein Immatrikulationszeugnis besitzen, daß ihre Nationalität und gute Führung bestätigt. Dasselbe stellt der deutsche Gesandte in Bern aus. Nur Deutsche im Besitz eines Ursprungzeugnisses haben das Recht der Niederlassung in der Schweiz. Die Schweiz behält sich jedoch das Recht vor, Deutsche, welche ein solches Zeugnis nicht besitzen, auf ihrem Gebiete zu dulden. Schweizer, welche sich in Deutschland niederlassen wollen, müssen, wie gegenwärtig, ein Ursprungzeugnis und ein Sittenzeugnis vorlegen, jedoch kann die Schweiz, wenn dieselbe es passend findet, das Immatrikulationszeugnis nicht.

Aber die Beschwerden — das muß ich gegenüber dem Regierungs-Commissar sagen — sind entweder begründet und das Verhältnis ist in der That unerträglich. Auch der Vertrag mit der Firma D. Alter in Danzig ist ein sehr eigenhümlicher. Die Danziger Firma konnte selbstverständlich diesen Vertrag nur in dem guten Glauben abschließen, daß die Firma Stantien u. Becker dasselbe, was sie von anderen verlangte, auch thun würde. Ich frage den Regierungs-Commissar: wie denkt er über dieses Verfahren? Das Wenigste, was das Hause annehmen muß, ist der Antrag Krause, der mir — wie ich wiederholte — bei weitem nicht genügt, der aber immerhin besser ist, als die Tagesordnung.

Abg. Pfeif (Centr.) befürwortet den Antrag Krause. Die wenn auch zum Theil verbiente Begünstigung der Firma Stantien und Becker schädigte andere Gewerbebetreibende.

Abg. Krause bezeichnet die Informationen des Regierungs-Commissars als lediglich auf Mitteilungen der Firma Stantien und Becker beruhend und daher als nicht objektiv. Die Handlung betreibe ihre Geschäfte unter der verschleierte Firma „Ostpreußische Bernsteinhandlung“, z. B. in der Passage in Berlin, wo erst nach seinem (des Redners) Ausführung im Frühjahr dieses Jahres die Bezeichnung Stantien u. Becker angebracht sei, obwohl der Regierungs-Commissar damals das Gegenteil behauptete. (Hört! hört!)

Minister v. Lützow hebt das Verdienst der Firma in Bezug auf die Ausdehnung des Bernsteinhandels hervor. Einer ungebührlichen Ausbeutung des Monopols werde die Regierung entgegentreten. Er leugne also nicht, daß er für diese Firma ein gewisses Wohlwollen habe. Die Concurrenz sei früher begünstigt worden, aber ohne Erfolg, so daß jetzt jene Firma in der That ein gewisses Monopol habe. Einer ungebührlichen Ausbeutung dieses Monopols zu Ungunsten anderer grüner Erwerbskreise würde event. sofort entgegengetreten werden.

Der Antrag Krause wird angenommen und die Petition im übrigen durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 3. Juni.

Deutschland.

* [Schwedisches Geschenk für den Fürsten Bismarck.] In Stockholm hat eine Anzahl hervorragender Personen beschlossen, dem Fürsten Bismarck ein Ehren geschenk zu überreichen. Das Geschenk besteht aus einer photographischen Abbildung der neu aufgestellten Statue des schwedischen Reichskanzlers Grafen Axel Oxenstierna; dieselbe ist in einem geschmackvollen Rahmen eingesetzt, auf welchem das Oxenstiern'sche Wappen in Farben abgebildet ist und der folgende Inschrift trägt: „Dem größten Staatsmann Deutschlands zur Erinnerung an den größten Staatsmann Schwedens“. Das Geschenk ist gegenwärtig in dem Lesezimmer der ersten Kammer aufgestellt. Die dasselbe begleitende Adresse hat bereits zahlreiche Unterschriften von Personen sowohl innerhalb wie außerhalb des schwedischen Reichstages erhalten.

* [Die Stimmung der Hochkreise gegenüber Friedrichsruh.] Die „Saaleig.“, die seit einiger Zeit aus angeblich sicherer Quelle etwas sensacionell gefärbte Mitteilungen bringt, erhält eine Ueberschrift aus Berlin, in der die Stimmung der Hochkreise, gegenüber den jüngsten Mitteilungen

ägyptische Regierung in betreff der ägyptischen Gold zu treffen beabsichtige und die mit den Ansichten der französischen Regierung völlig übereinstimmen. (W. T.)

Paris, 22. Mai. Die Deputirtenkammer hat das vom Senat bereits genehmigte neue Preßgesetz mit 347 gegen 189 Stimmen abgelehnt.

Antigon, 22. Mai. Der Präsident Carnot ist heute Mittwoch 11 Uhr hier eingetroffen und mit sympathischen Rundgebungen empfangen worden. (W. T.)

England.

London, 22. Mai. [Unterhaus.] In Beantwortung einer Anfrage erklärte es der erste Lord der Admiraltät, Lord Hamilton, für unbegründet, daß ein britischer Geschwader an den kombinierten deutschen Flotten- und Heeres-Manövern in der Ostsee teilnehmen werde. Unterstaatssekretär Ferguson erwähnte auf eine Anfrage, daß diejenigen Staaten, die das Privilegium der meistbegünstigten Nation in Griechenland genossen, der von Griechenland jüngst England gewährten Zollreduktionen ebenfalls teilhaftig würden. (W. T.)

London, 22. Mai. [Oberhaus.] Die Novelle zur Kaufahrer-Bill wurde in dritter Lesung angenommen. Das Haus vertagte sich hierauf bis zum 5. 6. M.

London, 22. Mai. Der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen kamen gestern von Windorf nach Buckingham-Palast. Der Prinz wohnte darauf der Truppenparade, sowie später dem anlässlich des Geburtstages der Königin bei dem Marineminister veranstalteten Galadiner und dem Empfang bei Lady Salisbury im Auswärtigen Amt bei.

(W. T.)

Dänemark.

Copenhagen, 22. Mai. Der König hat heute Nachmittag auf dem „Daneborg“ seine Reise nach Wiesbaden über Lübeck angetreten; Prinz Waldemar und Prinzessin Marie gaben dem Könige bis dahin das Geleite. (W. T.)

Russland.

Petersburg, 22. Mai. Der General à la suite Puschkin und der Flügeladjutant Paschkoff haben sich zur Begrüßung des Kronprinzen von Italien nach Odessa begeben. (W. T.)

Am 24. Mai: Danzig, 23. Mai. M.-A. b. Tage, S.-A. 347. u. 87. M.-U. 12. 14. Wetterausichten für Sonnabend, 24. Mai: auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Weiter und Temperatur wenig verändert; frisch bis stark windig; wechselnd wolzig. Strichweise Gewitter und Gischt.

Für Sonntag, 25. Mai:

Veränderlich wolzig, warm, meist heiter; lebhaft windig; später stark wolzig. Strichweise Gewitter, Regenschauer.

Für Montag, 26. Mai:

Heiter, theils bedeckt; Wärmlage kaum verändert. Frische bis starke kalte Winde; strichweise Regenschauer.

Für Dienstag, 27. Mai:

Wolzig und sonnig, vielfach bedeckt und Regen mit Gewittern; strichweise Hagel. Lebhaft windig; etwas kühl. Sturmwarnung für die Küstengebiete.

* [Rückfahrt des Kaisers.] Mit 13 Minuten Verzögerung traf gestern Nacht 12 Uhr 20 Min. der Extrajug in welchem der Kaiser nach Potsdam zurückfuhr, auf Bahnhof Dirksdorf ein, wo sich eine zahlreiche Menschenmenge versammelt hatte, welche den Kaiser mit stürmischen Huds begrüßte. Der Kaiser trug seine Walduniform und hatte den grauen Jägerhut mit einem frischen Bruch geschmückt. Auch die Herren seiner Umgebung, mit welchen er sich während des 6 Minuten währenden Aufenthalts sehr lebhaft unterhielt, befanden sich in Civilkleidung. Als der Zug sich in Bewegung setzte, wurden wiederum dem Kaiser Ovationen dargebracht, welche er wie die bei der Rückfahrt des Juges freundlich dankend entgegennahm. Man hatte geglaubt, der Kaiser würde aussteigen, um sich die Unglücksstätte anzusehen, und deshalb Fackeln bereit gehalten, doch verließ Se. Majestät den Salonwagen nicht.

* [Städtisches.] Von dem hiesigen Bezirksausschuß ist nun genehmigt worden, daß zur Deckung der Gemeindeausgaben in hiesiger Stadt für das Rechnungsjahr 1890/91 eine Gemeinde-Einkommensteuer in Höhe von 252 Prozent der Staatsklassen- und klassifizierten Einkommensteuer und außerdem von 75 Prozent zur Grund- und Gebäudesteuer erhoben werde.

* [Pfingst-Egtröge.] Zu den Pfingst-Egtrögen, welche gestern Abend resp. heute früh über die Hauptlinien der Ostbahn nach Berlin abgegangen sind, sind von hier 7 Billets zweiter und 68 dritter Klasse, zusammen 75 Billets verkauft worden (gegen 89 im Vorjahr und 76 im Jahre 1888).

* [Dampfschiff-Verkehr und Seebäder.] Die Dampf-Neufahrwasserer Tourbampfer werden während der Pfingstferien den ganzen Tag über halbstündlich fahren und es werden außerdem nach Bedürfnis Egtröge eingeschoben werden. Die Seebäder werden am ersten Feiertage eröffnet und zu gleicher Zeit tritt der Sommertarif der Dampfer in Kraft. Auch wird der Dampfer „Blitz“ während der Feiertage Vormittags zwischen Westerplatte und Soppot die Fahrt unterhalten.

* [Patent.] Der Brandmeister Kiesel in Königsberg (früher in Elbing) hat einen Rettungsapparat bei Feuerwachen erfunden, welcher sich durch Einfachheit in der Handhabung im Augenblicke der Gefahr auszeichnen soll. Auf den Apparat ist bereits ein Patent angemeldet.

* [Kaufmännischer Verein „Merkur“.] Der seit kurzer Zeit hier bestehende kaufmännische Verein „Merkur“, Kreisverein des Verbandes deutscher Handlungsgesellschaften zu Leipzig, dessen Gründung am hiesigen Orte bekanntlich im August v. J. erfolgte, hat während der kurzen Dauer seiner Wirksamkeit eine verhältnismäßig bedeutende Ausdehnung erzielt. Zum 7. und 8. Juni wird der Verein nun eine Wanderversammlung nach Danzig berufen, zu welcher die Kreisvereine Marienburg, Pr. Holland, Elbing, Konitz, Graudenz ic. eingeladen werden sollen.

* [Doppel-Concert.] Das gestrige Doppelconcert im Zivilgarten, welches durch die Tiroler Sänger und die Kapelle des 128. Infanterie-

Die Versicherung

von

Gothaer Prämien-Pfandbriefen,
Fürstlichischen 40 Thaler-Loosen,
Cöln-Mindener 2½ pfd. Prämien-Anleihe,
Österreitischen 100 fl. Lösen von 1884,
deren nächste Zahlung
am 1. Juni cr.

stattfindet, übernehmen wir in Berliner Prämienläden.

Meyer u. Gelhorn,

Bank- und Wechsel-Geschäft,

Langenmarkt Nr. 40. (5566)

Meine Geschäftsräume

bleiben während der Sommermonate Sonntags, von 2 Uhr Nachmittags ab geschlossen.

Fernsprecher 139.

A. Fast.**Neue Synagoge.**

Das anerkannt feinste

Wochenfest.

Gottesdienst:
Gsonnabend, der 24. Mai, Abends.
8 Uhr.
Gomtag, den 25. Mai, Vorm.
8½ Uhr, Predigt 10 Uhr.
Gomtag, den 25. Mai, Abends
7½ Uhr.
Montag, den 26. Mai, Vorm.
8½ Uhr, Predigt und Seelen-
gebetnissfeier 10 Uhr.
Mit Beginn der Predigt werden
die inneren Eingangstüren ge-
schlossen. (5539)

von
echtem

Edamer

liefer

Carl Studt.

Heilige Geistgasse Nr. 47.

Ecke der Ruhgasse.

Wer hat den besten

Hefen?

J. W. Siemens,

Stadtgebiet!

Erste und größte Fabrik der

Provinz.

Stets frische

Siemens - Hefe

offerirt

J. M. Kutschke,

4. Langgasse 4.

Ecke Gerbergasse.

Maitrank,

täglich mehrmals frisch ange-

füllt, die Flasche 1 Mk., ferner

guten Lüls- u. Bowens-Mosel,

die Flasche 80 S. empfiehlt die

Weinhandlung. (5584)

C. H. Kiesau,

hundegasse 4/5.

Dr. Protze's

animale Lymphe,

stets frisch vorrätig in

Hermann Liekhus Apotheke

Holzmarkt. (5568)

Am 21. d. Mts. verstarb
nach langem Leiden unser
lieber Freund und Ver-
wandter, Herr
Gustav Döring in Altona
im 59. Lebensjahr.
Gelehrter Döring,
Danzig, den 23. Mai 1890.
Die Beerdigung findet hier,
morgen früh 7½ Uhr, vom
Bahnhof Lege Thor nach
dem St. Salvator-Airchhof
statt. (5591)

Am 1. und 2. Pfingstferiäge
werden außer den gewöhnlichen
Sonntagsauslagen noch nach-
folgende Säuge von Danzig, Höhe
Thor, nach Zoppot und umge-
kehrt abgelassen werden:
ab Danzig Höhe Thor, Nachm.
100, 200 und 400.
ab Zoppot, Nachm. 700, 800 u. 900.
Königliches
Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Am verreiste bis 5. Juni und
werde gütigst vertreten durch
die Herren: Dr. Lewin, Brobbankengasse 19,
Dr. Penner, Kohlenmarkt 31.
Dr. Hinze.

Ich trete meine Praxis
in Zoppot am 30. Mai an
Dr. Edgar Schwarzenberger,
prakt. Arzt.

Loose.
Marienburg, Schlossbau 3 M.
zu haben in der
Expedition d. Danziger Zeitung.

Original-Loose und Anteil-
scheine der Schlossfreiheit-
Lotterie IV. Klasse zu ver-
schiedenen Preisen.
Loose der Weimarschen Kunst-
Ausstellungs-Lotterie à M. 1.
Loose der Nowaweser Pferde-
Lotterie à M. 1.
Loose der Marienburger Pferde-
Lotterie à M. 1.
Marienburger Gold- Lotterie,
Hauptgewinn: M. 90 000, Loose
à M. 3 bei 2. (5550)
Th. Berling, Gerbergasse Nr. 2.

Meiner geehrten Kund-
schaft zur gesl. Kennt-
nisnahme, daß die Be-
förderung der gütigst
beorderten Maaren durch
mein Geprägn nach
Langfuhr, Dörra, Zoppot
und den daneben liegenden
Ortschaften von Pfingsten
ab 3 Mal wöchentlich und
wir:

Montags, Mittwochs
und Freitags
stattfindet. (5583)

A. Fast.

Während der Sommer-
monate bleibt mein Geschäft
an Sonn- und Feiertagen
Nachmittags von 2 Uhr an
geschlossen. (5575)

Max Lindenblatt,
Colonial- und Delicatessen-
Handlung,
Heilige Geistgasse 131.

Hochfeinste
Tafelbutter
auf Eis,
per pfd. 1,20 Mk.,
bei täglich frischer
Sendung
empfiehlt (5530)

Carl Studt,
Heilige Geistgasse Nr. 47,
Ecke der Ruhgasse.

Sommer-
Handschuhe

vorzüglichste englische

und sächsische Fabrikate!

in schwerer Seide, Halb-

seide, Flor, Zwick etc.

Specialitäten u. Neuheiten

mit doppelten Fingerspitzen.

Suede-Handschuhe,

nur prima Qualitäten,

(directer Bezug aus Paris).

Herren-Handschuhe,

Cravatten, Hosenträger,

empfiehlt (5511)

C. Treptow,

Inh.: II. Schommartz,

53 Jopengasse 53.

Rudolph Mischke

empfiehlt

Garten-Möbel,

Garten-Bänke,

Garten-Tische,

Garten-Stühle,

Klapptische

für Restaurants etc. zu billi-

gen Preisen.

Rasen-Mähmaschinen,

mit und ohne Walze, vorzügl.

System, unter Garantie.

Rudolph Mischke,

Langgasse Nr. 5.

Seehad und Kurort Westerplatte.

Die Eröffnung der kalten Seebäder
findet Sonntag, den 25. Mai cr. statt.

Preise der Billets:

Ginselle Billets für Erwachsene 0,25 M.
Kinder 0,20 "

Erwachsene 2,00 "

Kinder 1,50 "

Abonnementbillets für die Saison 1889:

Für Erwachsene 7,50 M.
Kinder 5,00 "

Die Abonnementbillets, welche nicht übertragbar sind, sind im Bureau der unterzeichneten Gesellschaft und bei dem Inspector Groß, 4 Birkenallee, Westerplatte, zu kaufen.

Inhaber eines Dampfboot-Fahrbuches-Billets ist berechtigt, eine von der Eröffnung bis zum Schlusse der kalten Seebäder gültige Bade-Abonnementkarte zu nachstehenden Preisen im Bureau Heil. Geißgasse 83, zu lösen:

Für Erwachsene 6,00 M.
Kinder 4,50 "

Kinderbillets resp. Kinder-Abonnementbillets gelten nur für Kinder unter 15 Jahren.

Badebillets werden verkauft in den Billethallen und in der Strandhalle auf der Westerplatte, an den Billethaltern auf den Landungsbrücken der Tourist, in der Börse Danzig und im Bahnhof-Restaurant in Neufahrwasser.

In den Bädern selbst ist der Verkauf von Badebillets unterlaßt.

Vorjährige von der unterzeichneten Gesellschaft ausgegebene Billets haben Gültigkeit.

„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt und

Seebad Actien-Gesellschaft.

Alexander Gibone,

Bureau: Heil. Geißgasse Nr. 83. (5577)

**Dampfbootfahrt**

Danzig — Neufahrwasser — Westerplatte.

Von Sonntag, den 25. Mai an, tritt der Sommer-Fahrylan

in Kraft.

Es fahren die Dampfer

vom Johannisthore um 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 11½ (an Sonntagen

und Feiertagen um 1), 1, 2½, 3, 3½, 4, 4½, 5, 5½, 6, 6½

7, 7½, 8.

von der Westerplatte um 6½, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 1, 2, 3, 3½, 4,

4½, 5, 5½, 6, 6½, 7, 7½, 8, 8½, 9 Uhr.

Wenn Bedürfnis vorhanden ist, werden Extraboote eingeschoben

und es folgt dann ein Boot dem anderen, sobald das vorher-

gegangene gefüllt ist.

Fahrbuchonen - Billets, gültig vom 1. bis letzten eines

jedes Kalendermonats, sind zu folgenden Preisen im Bureau Heil.

Geißgasse 83 zu haben:

Für Erwachsene auf dem I. Platz auf dem II. Platz

Kinder 4 2

Inhaber eines Dampfboot-Fahrbuches-Billets ist be-

rechtigt, eine von der am 25. Mai stattfindenden Eröffnung der

kalten Seebäder bis zum Schlusse derselben gültige Bade-Abonne-

mentkarte zu nachstehenden Preisen im Bureau Heil. Geißgasse 83

zu lösen:

Für Erwachsene M 6 —

Kinder unter 15 Jahren 4,50 "

„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt und

Seebad Actien-Gesellschaft.

Alexander Gibone,

Bureau: Heil. Geißgasse Nr. 83. (5576)

Danzig — Putzig.

Feiertagshalber fallen die Tourenfahrten des D. Putzig am

Montag, den 26. Mai, von Danzig und

Mittwoch, 28. — Putzig aus.

„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt und

Seebad Actien-Gesellschaft.

Emil Beren.